

**No. 29397**

---

**AUSTRIA  
and  
NORWAY**

**Agreement on the recognition and enforcement of judicial  
decisions in civil matters. Signed at Vienna on 21 May  
1984**

*Authentic texts: German and Norwegian.*

*Registered by Austria on 18 December 1992.*

---

**AUTRICHE  
et  
NORVÈGE**

**Accord relatif à la reconnaissance et à l'exécution des dé-  
cisions judiciaires en matière civile. Signé à Vienne le  
21 mai 1984**

*Textes authentiques : allemand et norvégien.*

*Enregistré par l'Autriche le 18 décembre 1992.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

## ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM KÖNIGREICH NORWEGEN ÜBER DIE ANERKENNUNG UND DIE VOLLSTRECKUNG VON ENTSCHEIDUNGEN IN ZIVILSACHEN

Die Republik Österreich und das Königreich Norwegen,

von dem Wunsche geleitet, in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivilsachen zu sichern,

sind wie folgt übereingekommen:

### I. Anwendungsbereich

#### Artikel 1

(1) Dieses Abkommen ist auf die in den Vertragsstaaten über Rechtsverhältnisse des Zivilrechts gefällten Entscheidungen anzuwenden.

(2) Unter „Entscheidung“ sind in diesem Abkommen jedes Urteil und jeder Beschluß eines Gerichts zu verstehen, die den Streitgegenstand entscheiden, auch wenn die Entscheidung in einem strafgerichtlichen Verfahren ergangen ist. Als Entscheidung im Sinn dieses Abkommens gilt auch eine einstweilige Verfügung.

(3) Das Abkommen ist nicht anzuwenden:

- a) auf Entscheidungen auf dem Gebiet des Familienrechts, des Erbrechts und auf Entscheidungen, in welchen über die Rechts- oder Handlungsfähigkeit oder die gesetzliche Vertretung einer natürlichen Person als Hauptfrage abgesprochen wird;
- b) auf Entscheidungen über die Bildung, das Bestehen oder die Auflösung einer juristischen Person oder Handelsgesellschaft, über ihre Satzungen oder über die Befugnisse ihrer Organe;
- c) auf Entscheidungen in einem Konkursverfahren, einem Ausgleichsverfahren oder einem gleichartigen Verfahren sowie auf im Zusammenhang mit solchen Verfahren ergangene Entscheidungen über die Wirksamkeit von Rechtshandlungen eines Schuldners;
- d) auf Entscheidungen über die Haftung für nukleare Schäden;
- e) auf Entscheidungen über die Wirksamkeit oder die Auslegung arbeitsrechtlicher Kollektivverträge und Betriebsvereinbarungen.

(4) Dieses Abkommen ist auf Entscheidungen in Unterhaltssachen einschließlich solcher des norwe-

gischen Justizministeriums oder eines Landeshauptmanns (fylkesmann) und auf Entscheidungen von Gerichten und Verwaltungsbehörden auf Rückzahlung von Unterhaltsvorschüssen anzuwenden. Auf Bruchteilstitel nach § 10 a der österreichischen Exekutionsordnung ist es jedoch nicht anzuwenden.

### Artikel 2

Ein Beschluß eines Gerichtes in einer Zivilsache, auf die dieses Abkommen anzuwenden ist, und der den Ersatz der Prozeßkosten an die Gegenpartei oder das Entgelt eines Zeugen oder eines Sachverständigen betrifft, ist einer Entscheidung gleichgestellt.

### II. Anerkennung

#### Voraussetzungen

#### Artikel 3

(1) Die von einem Gericht eines Vertragsstaates (Entscheidungsstaat) gefällte Entscheidung wird in dem anderen Vertragsstaat (ersuchter Staat) anerkannt, wenn

- a) das Gericht, das die Entscheidung gefällt hat, gemäß den Bestimmungen der Artikel 6 bis 9 zuständig war und
- b) die Entscheidung nach dem Recht des Entscheidungsstaates rechtskräftig ist.

(2) Die Anerkennung kann nur aus den in den Artikeln 4 und 5 genannten Gründen versagt werden.

### Versagungsgründe

#### Artikel 4

Die Anerkennung einer in einem Vertragsstaat gefällten Entscheidung kann versagt werden:

- a) wenn sie der öffentlichen Ordnung des ersuchten Staates widerspricht;
- b) wenn ein Verfahren wegen desselben Gegenstandes zwischen denselben Parteien vor einem Gericht des ersuchten Staates anhängig ist und dieses Gericht zuerst angerufen wurde;

- c) wenn eine rechtskräftige Entscheidung über denselben Gegenstand zwischen denselben Parteien im ersuchten Staat ergangen ist;
- d) wenn eine Entscheidung über denselben Gegenstand zwischen denselben Parteien in einem dritten Staat ergangen ist und diese Entscheidung im ersuchten Staat auf Grund einer zwischenstaatlichen Übereinkunft anzuerkennen ist;
- e) wenn die Entscheidung gegen einen Beklagten ergangen ist, der sich auf das Verfahren nicht eingelassen hat, und das der Einleitung des Verfahrens dienende Schriftstück dem Beklagten nicht gemäß dem Gesetz des Entscheidungsstaates zugestellt worden ist oder der Beklagte vom Verfahren nicht zeitgerecht Kenntnis erhalten hat, um sich zu verteidigen.

#### Artikel 5

Die Anerkennung einer Entscheidung kann überdies versagt werden, wenn das Gericht, das die Entscheidung gefällt hat, hiefür bei der Beurteilung eines familien- oder erbrechtlichen Verhältnisses, der Rechts- oder Handlungsfähigkeit, der gesetzlichen Vertretung oder der Todeserklärung einer natürlichen Person ein anderes Recht angewandt hat, als nach den Regeln des internationalen Privatrechts des ersuchten Staates anzuwenden gewesen wäre, und wenn das Gericht, das die Entscheidung gefällt hat, dadurch zu einem anderen Ergebnis gelangt ist. Gleiches gilt für die Beurteilung des Bestehens der Rechts- oder Handlungsfähigkeit einer juristischen Person oder Handelsgesellschaft oder der Befugnisse ihrer Organe, sofern die juristische Person oder Handelsgesellschaft ihren Sitz oder ihre Hauptniederlassung im ersuchten Staat hat.

#### Zuständigkeit

##### Artikel 6

Die Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates wird im Sinne dieses Abkommens anerkannt:

- a) wenn der Beklagte zur Zeit der Einleitung des Verfahrens in dem Entscheidungsstaat seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder, im Fall einer juristischen Person oder Handelsgesellschaft, seinen Sitz oder seine Hauptniederlassung hatte;
- b) wenn der Beklagte in dem Entscheidungsstaat eine geschäftliche Niederlassung oder Zweigniederlassung hatte und er für Ansprüche aus dem Betrieb dieser Niederlassung oder Zweigniederlassung belangt worden ist;
- c) wenn die Klage von der Partei, gegen welche die Entscheidung geltend gemacht wird, vor dem Gericht des Entscheidungsstaates erhoben worden war, es sei denn, daß die Zustän-

digkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates wegen des Gegenstandes der Klage nicht durch eine Vereinbarung hätte begründet werden können;

- d) wenn mit der Klage Ansprüche wegen Tötung, Verletzung des Körpers oder der Gesundheit oder wegen des Verlustes oder der Beschädigung einer Sache geltend gemacht worden sind und die schädigende Handlung in dem Entscheidungsstaat begangen wurde;
- e) wenn die Klage auf eine unerlaubte Handlung im Geschäftsverkehr oder auf die Verletzung eines Immaterialgüterrechtes begründet worden ist und die Handlung in dem Entscheidungsstaat begangen wurde;
- f) wenn mit der Klage ein Recht an einer unbeweglichen Sache oder ein Anspruch aus einem Recht an einer solchen Sache geltend gemacht worden ist und die unbewegliche Sache in dem Entscheidungsstaat belegen ist.

#### Artikel 7

Die Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates wird im Sinne dieses Abkommens ferner anerkannt:

- a) wenn der Beklagte sich der Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates entweder durch eine schriftlich geschlossene Vereinbarung oder durch eine mündlich getroffene Vereinbarung, die innerhalb angemessener Frist schriftlich bestaigt worden ist, für Streitigkeiten aus einem bestimmten Rechtsverhältnis unterworfen hatte, es sei denn, daß eine solche Vereinbarung wegen des Gegenstandes, den sie betrifft, nach dem Recht des ersuchten Staates unzulässig ist;
- b) wenn der Beklagte sich vor dem Gericht des Entscheidungsstaates auf das Verfahren zur Hauptsache eingelassen hatte, ohne die Unzuständigkeit des Gerichtes geltend zu machen, es sei denn, daß die Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates wegen des Gegenstandes der Klage nicht durch eine Vereinbarung hätte begründet werden können; als eine solche Einlassung ist es insbesondere nicht anzusehen, wenn der Beklagte vor der Verhandlung zur Hauptsache erklärt hat, daß er sich auf das Verfahren nur im Hinblick auf das in dem Entscheidungsstaat gelegene Vermögen einlasse.

#### Artikel 8

Die Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates wird im Sinne dieses Abkommens auch anerkannt, wenn es sich um eine Widerklage gehandelt hat, bei der der Gegenanspruch mit der im Prozeß erhobenen Klage oder mit einem vorge-

brachten Verteidigungsmittel im Zusammenhang stand, und wenn für die Gerichte des Entscheidungsstaates eine Zuständigkeit im Sinne dieses Abkommens zur Entscheidung über die im Hauptprozeß erhobene Klage anzuerkennen wäre.

#### Artikel 9

Die Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates wird jedoch nicht anerkannt, wenn nach dem Recht des ersuchten Staates dessen Gerichte für die Klage, die zu der Entscheidung geführt hat, ausschließlich zuständig sind. Das gleiche gilt, wenn im ersuchten Staat die ausschließliche Zuständigkeit der Gerichte eines dritten Staates oder eines Schiedsgerichtes anerkannt werden muß.

#### Umfang der Prüfung

##### Artikel 10

(1) Eine Entscheidung, deren Anerkennung beantragt wird, darf nur daraufhin geprüft werden, ob die in den vorangehenden Artikeln enthaltenen Erfordernisse erfüllt sind. Darüber hinaus darf die Entscheidung nicht nachgeprüft werden.

(2) Das Gericht des ersuchten Staates, bei dem die Anerkennung der Entscheidung beantragt wird, ist bei Prüfung der Zuständigkeit des Gerichtes des Entscheidungsstaates gemäß diesem Abkommen an Feststellungen von Tatsachen gebunden. Zur Weiche dieses Gericht seine Zuständigkeit gegründet hat. Dies gilt nicht, wenn sich der Beklagte auf das Verfahren im Entscheidungsstaat nicht eingelassen hatte, außer es wurde ihm nach den Feststellungen des Gerichtes das das Verfahren einleitende Schriftstück dort zu eigenen Händen zugestellt.

#### III. Streitabhängigkeit

##### Artikel 11

(1) Die Gerichte eines Vertragsstaates haben, je nach den Vorschriften ihres innerstaatlichen Rechtes, einen Antrag entweder zurückzuweisen oder die Entscheidung aufzuschieben, wenn ein gleicher, auf denselben Rechtsanspruch gestützter Antrag zwischen denselben Parteien schon vor einem Gericht des anderen Vertragsstaates anhängig ist und darüber eine gemäß diesem Abkommen anzuerkennende Entscheidung gefällt werden kann.

(2) Die Anhängigkeit eines Verfahrens vor einem Gericht des einen Vertragsstaates hindert jedoch nicht die Erlassung vorläufiger oder sichernder Maßnahmen durch die Gerichte des anderen Vertragsstaates.

#### IV. Vollstreckung

##### Voraussetzungen

##### Artikel 12

(1) Jede von einem Gericht eines Vertragsstaates gefällte Entscheidung, die in dem Entscheidungsstaat vollstreckbar ist, ist in dem anderen Vertragsstaat auf Antrag zu vollstrecken, wenn die Erfordernisse für ihre Anerkennung erfüllt sind.

(2) Auf Grund noch nicht rechtskräftiger, in dem Entscheidungsstaat jedoch vollstreckbarer Entscheidungen, die auf Zahlung eines Geldbetrages lauten, ist im ersuchten Staat die Exekution zur Sicherstellung (avsetning) durchzuführen.

##### Verfahren

##### Artikel 13

Das zuständige Gericht des ersuchten Staates hat die Vollstreckung zu bewilligen und den Vollzug zu veranlassen.

##### Artikel 14

Das Verfahren zur Bewilligung der Exekution und die Durchführung der Zwangsvollstreckung richten sich, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Abkommens, nach dem Recht des ersuchten Staates.

##### Vorzulegende Schriftstücke

##### Artikel 15

(1) Die Partei, welche die Vollstreckung beantragt, hat die Entscheidung im Original oder in einer von der zuständigen Behörde ausgetertigten Abschrift, den Nachweis der Rechtskraft und Vollstreckbarkeit sowie im Fall einer Versäumnisentscheidung eine mit der Bestätigung der Richtigkeit versehene Abschrift der Ladung oder ein anderes zur Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung des Beklagten geeignetes Schriftstück vorzulegen.

(2) Die in Österreich vorzulegenden Urkunden müssen in deutscher Sprache abgefaßt oder mit einer Übersetzung in diese Sprache versehen sein. Die in Norwegen vorzulegenden Urkunden müssen in norwegischer Sprache abgefaßt oder mit einer Übersetzung in diese Sprache versehen sein. Die Richtigkeit der Übersetzung muß von einer hierzu in einem der beiden Vertragsstaaten befugten Person bestätigt sein.

(3) Die gemäß diesem Abkommen vorzulegenden Urkunden sind von Beglaubigungen und gleichartigen Förmlichkeiten befreit.

### Vollstreckbare Urkunden

#### Artikel 16

(1) Die in Österreich errichteten und vollstreckbaren Notariatsakte werden in Norwegen vollstreckt, wenn der Vollstreckung die öffentliche Ordnung nicht entgegensteht.

(2) Folgende in Norwegen errichteten und vollstreckbaren Urkunden werden in Österreich vollstreckt, wenn der Vollstreckung die öffentliche Ordnung nicht entgegensteht:

- a) Schuldscheine (gjeldsbrev), die auf Zahlung einer bestimmten Geldsumme lauten und in denen sich der Schuldner der sofortigen Zwangsvollstreckung unterwirft, sofern die Unterschrift des Schuldners durch eine Behörde oder durch einen öffentlichen Notar beglaubigt worden ist;
- b) die im Rahmen eines Strafverfahrens von einer Strafverfolgungsbehörde erlassenen Aufträge (forelegg) an den Beschuldigten zur Zahlung einer bestimmten Geldsumme als Entschädigung an den durch die strafbare Handlung Geschädigten, sofern sich der Beschuldigte zu dieser Zahlung schriftlich bereit erklärt hat.

(3) Auf die Vollstreckung sind die Artikel 12 bis 15 sinngemäß anzuwenden.

#### Vergleiche

#### Artikel 17

(1) Ein vor einem Gericht eines der Vertragsstaaten geschlossener Vergleich in einer Zivilrechtssache, zur weichen dieses Abkommen anwendbar ist, wird in dem anderen Vertragsstaat vollstreckt, wenn der Vergleich in dem Staat, wo er geschlossen wurde, vollstreckbar ist, und der Vollstreckung die öffentliche Ordnung des ersuchten Staates nicht entgegensteht.

(2) Dasselbe gilt für die vor einer österreichischen Behörde in ihrer Funktion als Jugendwohlfahrtsträger zwischen ihr als Vertreter des Unterhaltsberechtigten einerseits und dem Unterhaltsverpflichteten andererseits geschlossenen vollstreckbaren Vergleiche und Vereinbarungen.

(3) Auf die Vollstreckung sind die Artikel 12 bis 15 sinngemäß anzuwenden.

### V. Schlußbestimmungen

#### Andere Übereinkünfte; inneres Recht

#### Artikel 18

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Bestimmungen anderer zwischenstaatlicher Überein-

künfte, die beide Vertragsstaaten gegenseitig verpflichtet und die Anerkennung oder Vollstreckung von Entscheidungen, öffentlichen Urkunden oder Vergleichen regeln.

(2) Sollte ein Vertragsstaat Mitglied des im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geschlossenen Übereinkommens vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelsachen werden, so wird er gemäß Artikel 59 des genannten Übereinkommens Entscheidungen der Gerichte der anderen Mitgliedstaaten desselben gegen Beklagte, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im anderen Vertragsstaat dieses Abkommens haben, nicht anerkennen, wenn diese Entscheidungen in den Fällen des Artikels 4 des Übereinkommens vom 27. September 1968 nur in einem der in dessen Artikel 3 Absatz 2 angeführten Gerichtsstände ergehen können.

(3) Dieses Abkommen berührt nicht die Bestimmungen des inneren Rechtes eines Vertragsstaates, nach denen die Anerkennung oder Vollstreckung von Entscheidungen, öffentlichen Urkunden oder Vergleichen des anderen Vertragsstaates in weiterem Ausmaß als in diesem Abkommen vorgesehen ist.

#### Zeitliche Abgrenzung

#### Artikel 19

Dieses Abkommen ist nur auf die nach dem Tag seines Inkrafttretens gefällten Entscheidungen und auf die vollstreckbaren öffentlichen Urkunden und Vergleiche anzuwenden, die nach diesem Tag errichtet bzw. geschlossen wurden.

#### Ratifikation; Inkrafttreten

#### Artikel 20

Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind in Oslo auszutauschen. Das Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden, in Kraft.

#### Kündigung

#### Artikel 21

Jeder Vertragsstaat kann dieses Abkommen durch eine an den anderen Vertragsstaat gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag dieser Notifikation wirksam.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Wien am 21. Mai 1984 in zwei Urschriften in deutscher und norwegischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

ERWIN LANC

Für das Königreich Norwegen:

EINAR-FREDRIK OFSTAD

---

## [NORWEGIAN TEXT — TEXTE NORVÉGIEN]

OVERENSKOMST MELLOM REPUBLIKKEN ØSTERRIKE OG  
KONGERIKET NORGE OM ANERKJENNELSE OG FULL-  
BYRDING AV RETTSAVGJØRELSE I SIVILE SAKER

Republikken Østerrike og Kongeriket Norge,

som i forbindelsene mellom de to stater ønsker å sikre anerkjennelse og fullbyrding av rettsavgjørelser i sivile saker.

er blitt enige om følgende:

## I Virkeområde

## Artikkel 1

- (1) Overenskomsten får anvendelse på avgjørelser truffet i sivile saker i avtalestatene.
- (2) Som «avgjørelse» i overenskomsten forstås enhver dom, kjennelse og domstolbeslutning som avgjør tvisten, også når avgjørelsen er truffet i en straffesak. Som avgjørelse etter overenskomsten anses også midlertidig forføyning.
- (3) Overenskomsten kommer ikke til anvendelse på:
  - (a) avgjørelser på familie- eller arverettsområde samt avgjørelser som direkte gjelder en fysisk persons rettsverne eller rettslige handleevne eller lovbestemte representasjon;
  - (b) avgjørelser som gjelder opprettelsen, eksistensen eller oppløsningen av en juridisk person eller et ansvarlig handelsselskap, disses vedtekter eller kompetansen til deres organer;
  - (c) avgjørelser i konkurs- eller akkordsaker og i tilsvarende saker så vel som avgjørelser truffet i sammenheng med konkurs, akkord eller tilsvarende prosess angående rettsvirkningen av en skyldners disposisjoner;
  - (d) avgjørelser om ansvar for atomskader;
  - (e) avgjørelser som gjelder gyldigheten eller tolkingen av arbeidsrettslige kollektiv- og driftsavtaler.
- (4) Overenskomsten får anvendelse på avgjørelser om underholdsbidrag, også når de er truffet av det norske Justisdepartement eller en norsk fylkesmann, samt på domstol- eller forvaltningsvedtak om refusjon av bidragsforskott. Den gjelder likevel ikke østerrikske avgjørelser hvor bidraget er fastsatt i prosent av den bidragspliktiges inntekt (Bruchteilstitel nach § 10 a der österreichischen Exekutionsordnung).

## Artikkel 2

Som avgjørelse regnes også beslutning som en domstol har truffet om erstatning for motpartens sakskostnader eller godtgjørelse til et vitne eller en sakkyndig i sivil sak som omfattes av overenskomsten.

## II Anerkjennelse

## Vilkår

## Artikkel 3

- (1) Avgjørelse truffet av domstol i den ene avtalestat (oppnavstaten) skal anerkjennes i den andre avtalestat (anerkjennelsesstaten), når
  - (a) den domstol som har truffet avgjørelsen var kompetent i samsvar med reglene i artiklene 6 til 9 og
  - (b) avgjørelsen er rettskraftig etter loven i opphavstaten.
- (2) Anerkjennelse kan bare nektes på de grunnlag som er nevnt i artiklene 4 og 5.

## Grunner for å nekte anerkjennelse

## Artikkel 4

- Avgjørelse som er truffet i en avtalestat kan nektes anerkjent:
- (a) dersom den er i strid med lov og ærbarhet eller for øvrig virker støtende på rettsordenen i anerkjennelsesstaten;
  - (b) når et søksmål om samme tvistesporsmål mellom de samme parter er reist ved en domstol i anerkjennelsesstaten, og saken først ble brakt inn for denne domstol;
  - (c) når en rettskraftig avgjørelse er truffet om samme tvistegjenstand mellom de samme parter i anerkjennelsesstaten;
  - (d) når en avgjørelse er truffet om samme tvistesporsmål mellom de samme parter i en tredje stat, og anerkjennelsesstaten som følge av en mellomstatlig overenskomst må anerkjenne denne avgjørelsen;
  - (e) når avgjørelsen er truffet mot en saksøkt som ikke har innlått seg i saken, og det skriftlig som innledet prosessen ikke er blitt forkynt for saksøkte i samsvar med loven i opphavstaten

eller saksøkte ikke har fått kjennskap til saken tidsnok til å kunne forsvare seg.

#### Artikkel 5

Beror avgjørelsen på bedømmelsen av et familie- eller arverettslig forhold eller av en fysisk persons retts- eller handleevne, lovbestemte representasjon eller dødserklæring, kan anerkjennelse videreføres dersom den domstol som har truffet avgjørelsen, ved bedømmelsen har lagt til grunn lovalgsregler som har ført til et annet resultat enn etter den lov som skulle vært anvendt etter lovalgsreglene i anerkjennelsesstaten. Det samme gjelder når avgjørelsen beror på bedømmelsen av spørsmål som gjelder eksistensen av en juridisk person eller et ansvarlig handelselskap, deres rettsevne eller handleevne eller kompetansen til deres organer, saframt den juridiske person eller selskapet har sitt sete eller hovedkontor i anerkjennelsesstaten.

#### Kompetanse

#### Artikkel 6

Kompetansen til domstolene i opphavstaten skal anerkjennes i forhold til overenskomsten her dersom:

- (a) saksøkte på den tid da søksmålet ble reist hadde bosted eller fast opphold i opphavstaten, eller, når det gjelder en juridisk person eller et ansvarlig handelselskap, sitt sete eller hovedkontor der;
- (b) saksøkte hadde et forretningssted eller filial i opphavstaten, og han er saksøkt for krav i forbindelse med virksomheten ved dette forretningssted eller filialen;
- (c) søksmålet er reist for domstolen i opphavstaten av den part som avgjørelsen blir gjort gjeldende mot; dette gjelder likevel ikke dersom domstolene i opphavstaten på grunn av tvistespørsmålet ikke ville kunne tillegges kompetanse ved en avtale mellom partene;
- (d) søksmålet gjelder krav på grunn av drap, legemskrenking eller tap eller beskadigelse av en ting og den skadevoldende handling er begått på opphavstatens område;
- (e) søksmålet bygger på en ulovlig handling i forretningsforhold eller en krenkelse av immaterialrettigheter, og handlingen er foretatt i opphavstaten;
- (f) søksmålet gjelder en rett til en fast eiendom eller et krav som utspringer av en slik rett, og den faste eiendom ligger i opphavstaten.

#### Artikkel 7

Kompetansen til domstolene i opphavstaten skal videre anerkjennes i forhold til overenskomsten her, dersom:

- (a) saksøkte for tvister som utspringer fra et bestemt rettsforhold har underkastet seg

kompetansen til domstolene i opphavstaten enten ved skriftlig avtale eller ved en muntlig avtale som innen rimelig tid er blitt bekreftet skriftlig; dette gjelder likevel ikke dersom en slik avtale på grunn av det den gjelder ikke er tillatt etter anerkjennelsesstatens lov;

- (b) saksøkte har innlatt seg i saken ved domstolen i opphavstaten for så vidt angår realiteten uten å bestride domstolens kompetanse; dette gjelder likevel ikke dersom domstolene i opphavstaten på grunn av tvistespørsmålet ikke ville kunne tillegges kompetanse ved en avtale mellom partene; særlig anses saksøkte ikke for å ha innlatt seg i saken dersom han før behandlingen av realiteten har erklært at han bare innlater seg i saken av omsyn til formue som han har i opphavstaten.

#### Artikkel 8

Kompetansen til domstolene i opphavstaten skal også anerkjennes i forhold til overenskomsten her, dersom det dreier seg om et motsøksmål og motkravet har sammenheng med kravet i hovedsøksmålet eller en innsigelse mot dette, og domstolen i opphavstaten var kompetent etter overenskomsten her til å avgjøre kravet i hovedsøksmålet.

#### Artikkel 9

Kompetansen til domstolene i opphavstaten skal likevel ikke anerkjennes dersom anerkjennelsesstatens domstoler etter sin lov har eksklusiv kompetanse i den sak som vedkommende avgjørelse gjelder. Det samme gjelder dersom en i anerkjennelsesstaten må godta at domstolene i en tredje stat eller en voldgiftsdomstol har eksklusiv kompetanse.

#### Prøvingssomfang

#### Artikkel 10

(1) Når en avgjørelse blir søkt anerkjent, kan anerkjennelsesstaten bare etterprøve om kravene etter de foregående artikler er oppfylt. Ut over dette skal avgjørelsen ikke overprøves.

(2) Den domstol i anerkjennelsesstaten som behandler begjæringen om anerkjennelse, er ved prøvingen av om domstolene i opphavstaten har kompetanse etter overenskomsten, bundet av de faktiske forhold som vedkommende domstol har konstatert og lagt til grunn i kompetansespørsmålet. Dette gjelder likevel ikke avgjørelser i uteblivelsessaker, med mindre det er fastslått i dommen at det skrift som innledet prosessen er iorkynt personlig for saksøkte under hans opphold i opphavstaten.

#### III Litispendens

#### Artikkel 11

(1) Domstolene i en avtalestat skal i samsvar med sin interne rett enten avvise et søksmål eller utsette



behandlingen av dette når en sak om det samme rettsforhold mellom de samme parter allerede verserer for domstolene i den annen avtalestat og denne sak kan føre til en avgjørelse som skal anerkjennes etter overenskomsten her.

(2) Det forhold at sak verserer for domstolene i den ene avtalestat, hindrer likevel ikke at det treffes avgjørelser om midlertidige forføyninger eller sikringstiltak i samsvar med loven i den andre avtalestaten.

#### IV Fullbyrding

##### Vilkår

##### Artikkel 12

(1) Enhver avgjørelse truffet av en domstol i en avtalestat og som kan fullbyrdes i opphavstaten, skal på begjæring fullbyrdes i den annen avtalestat når kravene for anerkjennelse er oppfylt.

(2) Avgjørelser som ennå ikke er rettskraftige, men som kan fullbyrdes i opphavstaten og som lyder på betaling av en bestemt pengesum, er grunnlag for avsetning (Exekution zur Sicherstellung) i anerkjennelsesstaten.

##### Framgangsmåten

##### Artikkel 13

Den kompetente domstol i fullbyrdingsstaten skal beslutte og gjennomføre fullbyrdingen.

##### Artikkel 14

Framgangsmåten ved beslutning om og gjennomføring av fullbyrdingen følger reglene i fullbyrdingsstaten med forbehold for bestemmelsene i overenskomsten her.

##### Framlegg av dokumenter

##### Artikkel 15

(1) Den part som søker fullbyrding skal legge fram avgjørelsen i original eller i en kopi bekreftet av kompetent myndighet, bevis for at avgjørelsen er rettskraftig og at den kan fullbyrdes, samt når det gjelder en uteblivelsesdom en bekreftet kopi av stevningen eller et annet dokument som fastslår at saksøkte er blitt lovlig innstevnet.

(2) De dokumenter som skal framlegges i Østerrike må være utferdiget på tysk eller vedlagt en oversettelse til dette språk. De dokumenter som skal framlegges i Norge må være utferdiget på norsk eller vedlagt en oversettelse til dette språk. Riktigheten av en oversettelse må være bekreftet av en person som er kompetent til dette i en av de to avtalestater.

(3) De dokumenter som skal framlegges etter overenskomsten trenger ingen legalisering eller liknende form for bekreftelse.

#### Dokumenter som kan fullbyrdes

##### Artikkel 16

(1) «Notariatsakte» som er utferdiget og kan fullbyrdes i Østerrike, kan fullbyrdes i Norge når fullbyrdingen ikke strider mot lov og ærbarhet eller for øvrig virker støtende på rettsordenen.

(2) Følgende dokumenter som er utferdiget og kan fullbyrdes i Norge, kan fullbyrdes i Østerrike når fullbyrdingen ikke strider mot lov og ærbarhet eller for øvrig virker støtende på rettsordenen:

- (a) gjeldsbrev som lyder på en bestemt pengesum og som inneholder vedtakelse om at gjelden kan inndrives uten søksmål, såfremt skyldnærens underskrift er bekreftet av en offentlig tjenestemann eller notarius publicus;
- (b) skriftlig vedtatt forelegg i straffesak, når forelegget er utferdiget av kompetent påtalemyndighet og inneholder pålegg om betaling av et bestemt pengebeløp som erstatning til skadelidte ved den straffbare handling.

(3) Ved fullbyrdingen gjelder artiklene 12 til 15 tilsvarende.

##### Forlik

##### Artikkel 17

(1) Et forlik som er inngått ved en domstol i en avtalestat i sivil sak som omfattes av overenskomsten her, skal fullbæres i den andre avtalestaten når forliket kan fullbæres i opphavstaten og fullbyrdingen ikke strider mot lov og ærbarhet eller for øvrig virker støtende på rettsordenen i fullbæresstaten.

(2) Det samme gjelder forlik og avtaler inngått for en østerriksk myndighet i sin funksjon som «Jugendwohlfahrtsrager» mellom øenne som fullmekug for den bidragsberettigete på den ene side og den bidragspliktige på den annen side.

(3) Ved fullbyrdingen gjelder artiklene 12 til 15 tilsvarende.

#### V Sluttbestemmelser

##### Andre overenskomster. Interne bestemmelser

##### Artikkel 18

(1) Overenskomsten her berører ikke bestemmelsene i andre mellomstatlige overenskomster som gjensidig forplikter begge avtalestater og som regulerer anerkjennelse eller fullbyrding av avgjørelser, offentlige dokumenter eller forlik.

(2) Dersom en avtalestat slutter seg til den europeiske konvensjon 27 september 1968 om domstolenes kompetanse og om fullbyrding av rettsavgjørelser i sivile saker og handelssaker, så vil denne stat i henhold til artikkel 59 i nevnte konvensjon ikke anerkjenne avgjørelser som er truffet i andre stater

og som er rettet mot en saksøkt med bosted eller fast opphold i den annen avtalestat, såframt avgjørelsen i tilfelle som omhandlet i artikkel 4 i nevnte konvensjon utelukkende har kunnet støttes på en kompetanseregulering i samme konvensjon artikkel 3 annet ledd.

(3) Overenskomsten berører ikke bestemmelser i en avtalestats interne rett, som går ut på anerkjennelse eller fullbyrding av avgjørelser, offentlige dokumenter eller forlik truffet i den annen avtalestat i større utstrekning enn det som følger av overenskomsten.

#### Avgrensning i tiden

##### Artikkel 19

Overenskomsten får bare anvendelse på avgjørelser, offentlige dokumenter og forlik som er truffet eller kommet i stand etter den dag da overenskomsten er trådt i kraft.

#### Ratifikasjon. Ikrafttredelse

##### Artikkel 20

Overenskomsten skal ratifiseres. Ratifikasjonsdokumentene skal utveksles i Oslo. Overenskom-

sten trer i kraft den første dag i den tredje kalendermåned som følger etter den måned da ratifikasjonsdokumentene ble utvekslet.

#### Oppsigning

##### Artikkel 21

Enhver avtalestat kan si opp overenskomsten ved en skriftlig notifikasjon til den annen avtalestat. Oppsigningen trer i kraft seks måneder etter dagen for denne notifikasjon.

Til bekreftelse av dette har begge staters representanter, som har behørig fullmakt, undertegnet overenskomsten.

Utfærdiget i Wien den 21. mai 1984 i to eksemplar på norsk og tysk språk, idet begge tekster skal ha samme gyldighet.

For Republikken Østerrike:

ERWIN LANC

For Kongeriket Norge:

EINAR-FREDRIK OFSTAD

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE  
KINGDOM OF NORWAY ON THE RECOGNITION AND EN-  
FORCEMENT OF JUDICIAL DECISIONS IN CIVIL MATTERS

The Republic of Austria and the Kingdom of Norway,  
Desiring to ensure the recognition and enforcement of judicial decisions in civil  
matters as between the two States,  
Have agreed as follows:

## I. SPHERE OF APPLICATION

*Article 1*

(1) This Agreement shall apply to judicial decisions rendered in civil law mat-  
ters in the Contracting States.

(2) In this Agreement, the term “decision” shall mean any judgement and any  
resolution of a court that makes a determination on the matter in dispute, even if the  
decision is rendered in criminal proceedings. Interim orders shall be regarded as  
decisions for the purposes of this Agreement.

(3) The Agreement shall not apply:

(a) To decisions in the area of family law or the law of succession or to deci-  
sions in which a determination is made on the legal or contractual capacity or legal  
representation of a natural person, as the main issue;

(b) To decisions concerning the formation, existence or dissolution of a legal  
entity or commercial company, concerning its statutes or concerning the powers of  
its organs;

(c) To decisions in bankruptcy, composition or similar proceedings or to deci-  
sions rendered in connection with such proceedings on the validity of legal acts of a  
debtor;

(d) To decisions concerning responsibility for nuclear damage;

(e) To decisions concerning the validity or interpretation of collective labour  
agreements and shop agreements.

(4) This Agreement shall apply to decisions on maintenance matters, in-  
cluding those of the Norwegian Ministry of Justice or of a District Governor (*fylkes-  
mann*), and to decisions of courts and administrative authorities on reimbursement  
of maintenance advances. It shall not apply, however, to percentage entitlements  
(*Bruchteilstitel*) under paragraph 10 (a) of the Austrian Enforcement Regulations  
(*Exekutionsordnung*).

<sup>1</sup> Came into force on 1 November 1985, i.e., the first day of the third month following the exchange of the  
instruments of ratification, which took place at Oslo on 27 August 1985, in accordance with article 20.

### *Article 2*

An order of a court in a civil case to which this Agreement applies and which concerns the indemnification of the opposing party for the costs of the proceedings, or the compensation of a witness or an expert, shall be assimilated to a decision.

## II. RECOGNITION

### PREREQUISITES

#### *Article 3*

(1) Decisions rendered by a court of a Contracting State (State of origin) shall be recognized in the other Contracting State (requested State) if:

(a) The court that rendered the decision had jurisdiction in accordance with the provisions of articles 6 to 9; and

(b) The decision is final under the law of the State of origin.

(2) Recognition may be refused only for the reasons referred to in articles 4 and 5.

### GROUND FOR REFUSAL

#### *Article 4*

Recognition of a decision rendered in a Contracting State may be refused:

(a) If it is contrary to the public policy of the requested State;

(b) If an action in respect of the same cause between the same parties is pending before a court of the requested State and the action was first instituted before that court;

(c) If a final decision has been rendered in respect of the same cause between the same parties in the requested State;

(d) If a decision in respect of the same cause between the same parties has been rendered in a third State, and recognition of this decision in the requested State is required on the basis of an international agreement;

(e) If the decision was rendered against a defendant who did not appear in the proceedings, and the document serving to institute the proceedings was not served upon the defendant in accordance with the law of the State of origin, or the defendant did not acquire knowledge of the proceedings in sufficient time to enable him to defend.

#### *Article 5*

Recognition of a decision may also be refused if the court that rendered the decision applied, for the purpose of this decision, in a determination regarding a legal relationship under family law or the law of succession, the legal or contractual capacity or legal representation of a natural person or the declaration of the death of such a person, a law other than would have been applicable under the rules of private international law of the requested State, and if, by doing so, the court that rendered the decision arrived at a different result. The same shall apply to a determination regarding the existence or legal or contractual capacity of a legal entity or commer-

cial company of the powers of its organs, where the legal entity or commercial company has its headquarters or its principal establishment in the requested State.

## JURISDICTION

### *Article 6*

The jurisdiction of courts of the State of origin shall be recognized for the purposes of this Agreement:

(a) If, at the time of institution of the proceedings, the defendant was domiciled or habitually resident in the State of origin, or, in the case of a legal entity or commercial firm, had its headquarters or its principal establishment in the State of origin;

(b) If the defendant had a commercial establishment or branch in the State of origin and suit was brought against him in connection with claims arising out of the operations of that establishment or branch;

(c) If the proceedings were instituted before the court of the State of origin, by the party against whom the decision is sought to be relied on, unless it was inadmissible for the jurisdiction of the courts of the State of origin to be based on an agreement, on account of the subject-matter of the proceedings;

(d) If the action brought concerned claims in respect of manslaughter, bodily injury, injuries to health or loss of or damage to an object, and the tort was committed in the State of origin;

(e) If the action was based on an unlawful act committed in the course of business relations or on the infringement of intangible property rights, and the act was committed in the State of origin;

(f) If the subject-matter of the action was a right in immovable property or a claim arising out of a right in such property, and the immovable property in question is situated in the State of origin.

### *Article 7*

In addition, the jurisdiction of the courts of the State of origin shall be recognized for the purposes of this Agreement:

(a) If the defendant, either through an agreement concluded in writing or through an oral agreement confirmed in writing within a reasonable period, had submitted to the jurisdiction of the courts of the State of origin for disputes arising out of a specific legal relationship, unless such an agreement, on account of the subject-matter that it refers to, is inadmissible under the law of the requested State;

(b) If the defendant joined issue without contesting the jurisdiction of the court, unless the jurisdiction of the court of the State of origin, on account of the subject-matter of the action, could not have been based on an agreement; in particular, it is not to be regarded as such joinder of issue if the defendant stated, before the consideration of the merits of the case, that he was appearing in the proceedings solely with reference to property situated in the State of origin.

### *Article 8*

The jurisdiction of the courts of the State of origin shall also be recognized for the purposes of this Agreement in the case of a counteraction in which the counter-

claim bore a relation to the claim or to a means of defence used, if the courts of the State of origin would have been recognized under this Agreement as having jurisdiction to adjudicate the principal claim.

#### *Article 9*

Nevertheless, the jurisdiction of the courts of the State of origin shall not be recognized if, under the law of the requested State, the latter's courts have exclusive jurisdiction in the action that gave rise to the decision. The same shall apply if the exclusive jurisdiction of the courts of a third State or of a court of arbitration must be recognized in the requested State.

### SCOPE OF THE EXAMINATION

#### *Article 10*

(1) A decision whose recognition is applied for may be examined only with respect to fulfilment of the requirements set out in the preceding articles. The decision may not be examined with respect to any other points.

(2) The court of the requested State applied to for recognition of the decision shall, in verifying the jurisdiction of the court of the State of origin under the provisions of this Agreement, be bound by the findings of fact on the basis of which the said court determined its jurisdiction. This shall not apply if the defendant did not appear in the proceedings in the court of origin, unless, according to the findings of the court, the document instituting the proceedings was delivered to him in person.

### III. PENDING ACTIONS

#### *Article 11*

(1) The courts of either of the Contracting States shall, depending on the provisions of their domestic law, either decline to hear an action or postpone the decision where an identical action between the same parties based on the same cause of action is already pending before a court of the other Contracting State, and a decision that will require recognition under this Agreement may be rendered on the matter.

(2) Nevertheless, the fact that an action is pending before a court of one of the Contracting States shall not prevent the application of interim or conservatory measures by the courts of the other Contracting State.

### IV. ENFORCEMENT

#### PREREQUISITES

#### *Article 12*

(1) Any decision rendered by a court of one of the Contracting States that is enforceable in the State of origin shall, upon application, be enforced in the other Contracting State if the conditions required for its recognition are fulfilled.

(2) Decisions which have not yet become final but which are enforceable in the State of origin and which call for the payment of a sum of money shall be a basis for a provisional attachment order (*Exekution zur Sicherstellung/avsetning*) in the requested State.

## PROCEDURE

*Article 13*

The competent court of the requested State shall authorize enforcement and order execution.

*Article 14*

The procedure for the authorization of execution and the execution proceeding shall be governed, subject to the provisions of this Agreement, by the law of the requested State.

## DOCUMENTS TO BE SUBMITTED

*Article 15*

(1) The party seeking enforcement shall submit the original decision or an authentic copy thereof made out by the competent authority, together with proof that the decision is final and enforceable and, in the case of a decision by default, a certified true copy of the summons or other documentary evidence that the defendant was duly summoned to appear.

(2) Documents to be submitted in Austria must be drawn up in German or accompanied by a German translation. Documents to be submitted in Norway must be drawn up in Norwegian or accompanied by a Norwegian translation. The translation must be certified by a person authorized thereto in one of the two Contracting States.

(3) The documents to be submitted in accordance with this Agreement shall be exempt from legalization and similar formalities.

## ENFORCEABLE INSTRUMENTS

*Article 16*

(1) Notarial acts drawn up and enforceable in Austria shall be enforced in Norway if their enforcement does not conflict with public policy.

(2) The following instruments drawn up and enforceable in Norway shall be enforced in Austria if their enforcement does not conflict with public policy:

(a) Written acknowledgements of debt (*gjeldsbrev*) which call for a payment of a specified sum of money and in which the debtor consents to immediate execution, provided that the signature of the debtor has been authenticated by an authority or a notary public;

(b) Orders (*forelegg*) issued by a prosecuting authority to the defendant, in the framework of criminal proceedings, to pay a specified sum of money as compensation to the party injured by the punishable act, provided that the defendant has declared in writing his readiness to make this payment.

(3) Articles 12 to 15 shall apply *mutatis mutandis* to the enforcement procedure.

## SETTLEMENTS

*Article 17*

(1) A settlement concluded in a court of one of the Contracting States relating to a civil law matter to which this Agreement is applicable shall be enforced in the other Contracting State if it is enforceable in the State in which it was concluded and its enforcement does not conflict with the public policy of the requested State.

(2) The same shall apply to settlements and agreements pertaining to maintenance that are concluded before an Austrian authority in its capacity as authority responsible for youth welfare (*Jugendwohlfahrtsträger*) between the authority itself, as a representative of the person entitled to maintenance, and the person responsible for providing maintenance.

(3) Articles 12 to 15 shall apply *mutatis mutandis* to the enforcement procedure.

## V. FINAL PROVISIONS

## OTHER AGREEMENTS; DOMESTIC LAW

*Article 18*

(1) This Agreement shall not affect the provisions of other international agreements which mutually bind the two Contracting States and which govern the recognition or enforcement of decisions, authentic acts or settlements.

(2) Should a Contracting State become a party to the Convention of 27 September 1968 concerning judicial competence and the execution of decisions in civil and commercial matters,<sup>1</sup> concluded within the framework of the European Economic Community, the said Contracting State, in accordance with article 59 of the above-mentioned Convention, shall not recognize decisions rendered in other States Parties to that Convention against defendants who are domiciled or habitually resident in the territory of the other State Party to the present Agreement when, in cases of the kinds referred to in article 4 of the Convention of 27 September 1968, the decision could be based only on a competence of the kind referred to in article 3, second paragraph, of the Convention.

(3) This Agreement shall not affect provisions of the domestic law of a Contracting State providing for the recognition or enforcement of decisions, authentic acts or settlements of the other Contracting State on a broader basis than this Agreement.

## TEMPORAL DELIMITATION

*Article 19*

This Agreement shall apply only to decisions rendered after the date of its entry into force and to enforceable authentic acts and settlements drawn up or concluded after that date.

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1262, p. 153.



## RATIFICATION; ENTRY INTO FORCE

*Article 20*

This Agreement shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged at Oslo. The Agreement shall enter into force on the first day of the third month after the month in which the instruments of ratification are exchanged.

## DENUNCIATION

*Article 21*

Either Contracting State may denounce this Agreement by giving notice in writing to the other Contracting State. The denunciation shall take effect six months after the day on which such notice is given.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of the two sides have signed this Agreement.

DONE at Vienna on 21 May 1984 in duplicate in the German and Norwegian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

ERWIN LANC

For the Kingdom of Norway:

EINAR-FREDRIK OFSTAD

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE ROYAUME DE NORVÈGE RELATIF À LA RECONNAISSANCE ET À L'EXÉCUTION DES DÉCISIONS JUDICIAIRES EN MATIÈRE CIVILE

La République d'Autriche et le Royaume de Norvège,

Animés du désir de régler, dans les relations entre les deux Etats, la reconnaissance et l'exécution des décisions judiciaires en matière civile,

Sont convenus de ce qui suit :

I. DOMAINE D'APPLICATION

*Article premier*

1. Le présent Accord est applicable aux décisions rendues en matière civile dans les Etats contractants.

2. On entend par « décision » au sens du présent Accord tout jugement, arrêt et décision d'un tribunal réglant un litige, également si la décision est rendue dans une affaire pénale. Est également considérée comme décision au sens du présent Accord, une disposition prise à titre provisoire.

3. Les dispositions du présent Accord ne s'appliquent pas :

a) Aux décisions rendues dans le domaine du droit de la famille, du droit des successions, et aux décisions concernant directement la capacité juridique ou la capacité d'ester en justice ou la représentation juridique d'une personne physique.

b) Aux décisions relatives à la constitution, à l'existence ou à la dissolution d'une personne morale ou d'une société commerciale, à leurs statuts ou aux compétences de leurs organes;

c) Aux décisions rendues dans une procédure de faillite, de concordat ou toute autre procédure analogue, ainsi qu'aux décisions rendues en rapport avec une telle procédure sur la validité des actes juridiques d'un débiteur;

d) Aux décisions rendues en matière de responsabilité pour dommages nucléaires;

e) Aux décisions relatives à la validité ou à l'interprétation de contrats collectifs et de conventions d'entreprise relevant du droit du travail.

4. Les dispositions du présent Accord sont applicables aux décisions rendues dans des affaires de pension alimentaire, également lorsqu'elles ont été prises par le Ministère norvégien de la Justice ou par un gouverneur local norvégien (fylkesmann), et aux décisions de tribunaux et d'autorités administratives relatives au remboursement d'avances pour frais d'entretien. Elles ne sont toutefois pas applicables aux décisions autrichiennes dans lesquelles le montant de la pension est fixé en

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> novembre 1985, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Oslo le 27 août 1985, conformément à l'article 20.

pourcentage du revenu du débiteur de la pension. (Droit à la fraction d'un revenu au titre du paragraphe 10 a du Règlement d'exécution autrichien).

#### *Article 2*

Est également considérée comme décision la résolution prise par un tribunal concernant la compensation des dépens d'un procès au bénéfice de la partie adverse ou l'indemnisation d'un témoin ou d'un expert, dans une affaire civile à laquelle le présent Accord est applicable.

### II. RECONNAISSANCE

#### CONDITIONS

#### *Article 3*

1. Les décisions rendues par un tribunal de l'une des Parties contractantes (Etat requérant) sont reconnues dans l'autre Etat contractant (Etat requis) lorsque :

a) Le tribunal qui a rendu la décision était compétent en vertu des dispositions des articles 6 à 9, et

b) La décision est exécutoire en vertu de la législation de l'Etat requérant.

2. La reconnaissance ne peut être refusée que pour les motifs mentionnés aux articles 4 et 5.

#### MOTIFS DE REFUS DE LA RECONNAISSANCE

#### *Article 4*

La reconnaissance d'une décision rendue dans un Etat contractant peut être refusée dans les cas suivants :

a) Si elle est contraire à l'ordre public de l'Etat requis;

b) Si une procédure engagée entre les mêmes Parties et ayant le même objet est en cours auprès d'un tribunal de l'Etat requis et a d'abord été intentée devant ledit tribunal;

c) Si une décision exécutoire portant sur le même objet dans une affaire entre les mêmes Parties a été rendue dans l'Etat requis;

d) Si une décision exécutoire portant sur le même objet dans une affaire entre les mêmes Parties a été rendue dans un Etat tiers et si l'Etat requis doit reconnaître cette décision en vertu d'une convention internationale;

e) Si la décision est rendue contre un défendeur qui n'a pas pris part à la procédure et si la pièce introductive du procès n'a pas été présentée au défendeur conformément à la législation de l'Etat requérant, ou si le défendeur n'a pas eu connaissance de la procédure en temps utile pour pouvoir se défendre.

#### *Article 5*

Si la décision se fonde sur l'appréciation d'une situation familiale ou de droit des successions ou sur la capacité juridique ou la capacité d'ester en justice, la représentation légale ou la déclaration de décès d'une personne physique, la reconnaissance pourra être également refusée, si le tribunal ayant rendu la décision s'est fondé, lors de cette appréciation, sur des règles de droit qui ont abouti à un autre

résultat que celui auquel auraient abouti les règles de droit appliquées selon la législation de l'Etat requis. Il en est de même si la décision est fondée sur l'appréciation de questions concernant l'existence, la capacité juridique ou la capacité d'ester en justice d'une personne morale ou d'une société commerciale responsable ou la compétence de leurs organes, dans la mesure où cette personne morale ou société commerciale a son siège ou son établissement principal dans l'Etat requis.

#### COMPÉTENCE

##### *Article 6*

La compétence des tribunaux de l'Etat requérant sera reconnue au sens du présent Accord, dans les cas suivants :

*a)* Si le défendeur, lors de l'introduction de l'instance, avait son domicile ou sa résidence habituelle, ou — dans le cas d'une personne morale ou d'une société commerciale responsable — avait son siège ou son établissement principal dans l'Etat requérant.

*b)* Si le défendeur avait dans l'Etat requérant un établissement commercial ou une succursale et s'il est défendeur dans une affaire relative à l'activité de cet établissement ou de cette succursale.

*c)* Si la plainte a été déposée devant un tribunal de l'Etat requérant par la partie contre laquelle la décision est exécutoire; toutefois, ces dispositions ne sont pas applicables si, en raison de l'objet de la plainte, la compétence des tribunaux de l'Etat requérant n'a pu être fondée sur un accord entre les Parties.

*d)* Si la plainte concerne des réclamations pour homicide, coups et blessures ou atteinte à la santé, ou perte ou détérioration d'un bien matériel, et si l'acte ayant causé le dommage a été commis dans l'Etat requérant.

*e)* Si la plainte se fonde sur un acte illicite dans une activité commerciale ou sur la violation d'un droit portant sur un bien immatériel, et si l'acte en question a été commis dans l'Etat requérant.

*f)* Si la plainte porte sur un droit relatif à un bien immobilier ou sur une réclamation découlant d'un tel droit, et si le bien immobilier en question est situé dans l'Etat requérant.

##### *Article 7*

La compétence des tribunaux de l'Etat requérant sera en outre reconnue au sens du présent Accord, dans les cas suivants :

*a)* Si le défendeur, pour des litiges découlant d'une situation de droit définie, s'est soumis à la compétence des tribunaux de l'Etat requérant, soit aux termes d'un accord écrit, soit par accord verbal confirmé postérieurement par écrit dans un délai raisonnable; ces dispositions ne sont toutefois pas applicables si un tel accord, en raison de son objet, n'est pas admissible selon la législation de l'Etat requis;

*b)* Si le défendeur a pris part à la procédure devant le tribunal de l'Etat requérant en ce qui concerne la réclamation principale, sans contester la compétence du tribunal; ces dispositions ne sont toutefois pas applicables si la compétence des tribunaux de l'Etat requérant n'aurait pas pu être fondée sur un accord entre les Parties en raison de l'objet de la plainte; en particulier, le défendeur n'est pas considéré comme ayant pris part à la procédure s'il a déclaré, avant les débats sur le

principal de la réclamation, qu'il ne prend part à la procédure que pour ce qui concerne ses biens situés dans l'Etat requérant.

#### *Article 8*

La compétence des tribunaux de l'Etat requérant sera également reconnue au sens du présent Accord, s'il s'agit d'une action reconventionnelle et si la demande en reconvention est liée à la demande principale ou à un recours contre cette demande, et si le tribunal de l'Etat requérant était compétent aux termes du présent Accord pour prendre une décision sur la demande au principal.

#### *Article 9*

Toutefois, la compétence des tribunaux de l'Etat requérant ne sera pas reconnue, si, en vertu du droit de l'Etat requis, les tribunaux de cet Etat ont la compétence exclusive pour l'affaire dont il est traité dans la décision en question. Il en va de même si, dans l'Etat requis, la compétence exclusive des tribunaux d'un Etat tiers ou d'un tribunal arbitral a été reconnue.

### ÉTENDUE DE LA VÉRIFICATION

#### *Article 10*

1. En ce qui concerne une décision dont la reconnaissance est demandée, il devra seulement être vérifié si les conditions figurant dans les articles précédents ont été remplies. La décision ne sera soumise à aucune autre vérification.

2. Le tribunal de l'Etat requis auquel la demande de reconnaissance de la décision a été présentée, est lié, lors de la vérification de la compétence du tribunal de l'Etat requérant en vertu du présent Accord, par la matérialité des faits sur la base desquels ce tribunal a fondé sa compétence. Toutefois, ces dispositions ne sont pas applicables si le défendeur n'a pas pris part à la procédure dans l'Etat requérant, à moins qu'il n'ait été établi par le tribunal que la pièce introductive de l'instance lui a été remise en mains propres dans cet Etat.

### III. LITISPENDANCE

#### *Article 11*

1. Les tribunaux d'un Etat contractant doivent, conformément aux dispositions de leur droit interne, soit rejeter une demande, soit en ajourner l'examen, si une instance entre les mêmes Parties, fondée sur la même revendication, est déjà en cours devant le tribunal d'un autre Etat contractant dont la décision pourrait être reconnue en vertu du présent Accord.

2. Le fait qu'une instance soit en cours devant le tribunal d'un autre Etat contractant, n'empêche pas toutefois que des mesures provisoires ou de sécurité soient prises par les tribunaux de l'autre Etat contractant.

#### IV. EXÉCUTION

##### CONDITIONS

###### *Article 12*

1. Toute décision rendue par un tribunal d'un Etat contractant et qui est exécutoire dans l'Etat requérant, doit être exécutée sur demande dans l'autre Etat contractant, si les conditions de sa reconnaissance sont remplies.

2. Les décisions qui n'ont pas encore force de chose jugée, mais sont exécutoires dans l'Etat requérant, et qui ont trait au versement d'un montant, doivent être exécutées à titre conservatoire dans l'Etat requis.

##### PROCÉDURE

###### *Article 13*

Le tribunal compétent de l'Etat requis doit autoriser l'exécution et procéder à cette exécution.

###### *Article 14*

La procédure d'autorisation de l'exécution et d'application de l'exécution forcée est régie par le droit de l'Etat requis sous réserve des dispositions du présent Accord.

##### DOCUMENTS À PRÉSENTER

###### *Article 15*

1. La Partie qui demande l'exécution doit présenter l'original de la décision ou une copie certifiée conforme par l'autorité compétente, la preuve de la validité et du caractère exécutoire de la décision, et également, dans le cas d'un jugement par coutumace, une copie certifiée conforme de la citation ou un autre document établissant que le défendeur a été légalement cité.

2. Les documents qui doivent être présentés en Autriche doivent être rédigés en langue allemande ou accompagnés d'une traduction en cette langue. Les documents qui doivent être présentés en Norvège doivent être rédigés en langue norvégienne ou accompagnés d'une traduction en cette langue. La traduction doit être certifiée conforme par une personne compétente à cet effet dans l'un des deux Etats contractants.

3. Les documents à présenter au titre du présent Accord sont exemptés de légalisation et autres formalités similaires.

##### DOCUMENTS EXÉCUTOIRES

###### *Article 16*

1. Les actes notariés établis et exécutoires en Autriche seront exécutés en Norvège si cette exécution n'est pas contraire à l'ordre public.

2. Les documents ci-après établis et exécutoires en Norvège seront exécutés en Autriche si cette exécution n'est pas contraire à l'ordre public :

a) Les reconnaissances de dette prévoyant le versement d'une certaine somme et disposant que le débiteur se soumet à l'exécution forcée, à condition que la signature du débiteur soit légalisée par une autorité ou par un notaire public;

b) Les injonctions faites au débiteur, dans le cadre d'une procédure pénale, par une autorité habilitée à engager des poursuites pénales, de payer un certain montant en dédommagement à la personne lésée par l'action passible d'une peine, pour autant que le défendeur se soit déclaré par écrit disposé à acquitter ce montant.

3) Les dispositions des articles 12 à 15 sont applicables, *mutatis mutandis*, à l'exécution.

## TRANSACTIONS

### Article 17

1. Une transaction conclue devant le tribunal de l'un des Etats contractants dans une affaire civile à laquelle le présent Accord est applicable, sera exécutée dans l'autre Etat contractant, si cette transaction est applicable dans l'Etat où elle a été conclue et si son exécution n'est pas contraire à l'ordre public de l'Etat requis.

2. Il en va de même pour les transactions et les accords conclus devant une autorité autrichienne agissant en tant que « représentant des intérêts des mineurs », entre cette autorité considérée en tant que représentant des ayants droit à une pension alimentaire d'une part, et les personnes redevables de la pension alimentaire d'autre part.

3. Les dispositions des articles 12 à 15 sont applicables, *mutatis mutandis*.

## V. DISPOSITIONS FINALES

### AUTRES ACCORDS; DROIT INTERNE

### Article 18

1. Le présent Accord n'affecte pas les dispositions des autres accords entre Etats liant mutuellement les deux Etats contractants et régissant la reconnaissance ou l'exécution de décisions, documents officiels ou transactions.

2. Si un Etat contractant devient Partie à la Convention du 27 septembre 1968 sur la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale<sup>1</sup>, conclue dans le cadre de la Communauté économique européenne, il ne reconnaîtra pas, en vertu de l'article 59 de ladite Convention, les décisions des tribunaux des autres Etats membres de cette Convention, rendues à l'encontre de défendeurs ayant leur domicile ou leur lieu de séjour habituel dans l'autre Etat contractant du présent Accord, si ces décisions, dans les cas prévus à l'article 4 de la Convention du 27 septembre 1968 sont fondées exclusivement sur une des règles de compétence indiquées au paragraphe 2 de l'article 3 de ladite Convention.

3. Le présent Accord n'affecte pas les dispositions du droit interne d'un Etat contractant prévoyant la reconnaissance ou l'exécution de décisions, de documents officiels ou de transactions de l'autre Etat contractant dans une plus grande mesure que celle qui est prévue dans le présent Accord.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1262, p. 153.

## LIMITATION DANS LE TEMPS

*Article 19*

Le présent Accord n'est applicable qu'aux décisions, aux documents publics et aux transactions qui ont été respectivement rendus ou conclus après le jour de son entrée en vigueur.

## RATIFICATION; ENTRÉE EN VIGUEUR

*Article 20*

Le présent Accord sera soumis à ratification. L'échange des documents de ratification aura lieu à Oslo. L'Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois qui suivra le mois au cours duquel auront été échangés les instruments de ratification.

## DÉNONCIATION

*Article 21*

Chaque Etat contractant peut dénoncer le présent Accord par une notification écrite adressée à l'autre Etat contractant. La dénonciation prendra effet six mois après la date de cette notification.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Parties ont signé le présent Accord.

FAIT à Vienne, le 21 mai 1984, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et norvégienne, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

ERWIN LANC

Pour le Royaume de Norvège :

EINAR-FREDRIK OFSTAD

---